



Justizkommission
Commission de justice

Parlamentsdienste des Grossen Rates
Postgasse 68
Postfach 562
3000 Bern 8
+41 031 633 75 81
www.be.ch/gr

Tätigkeitsbericht 2020 der Justizkommission

Inhaltsverzeichnis

1.	Tätigkeit der Justizkommission.....	3
1.1	Oberaufsicht über das Obergericht, das Verwaltungsgericht und die Generalstaatsanwaltschaft	3
1.1.1	Voranschlag 2021 / Aufgaben- und Finanzplan 2022-2024 der Justiz (VA 2021 / AFP 2022-2024).....	3
1.1.2	Geschäftsbericht sowie Tätigkeitsbericht 2019 der Justiz	4
1.1.3	Bewilligung von Nebenbeschäftigungen	4
1.2	Vorbereitung der Richterwahlen.....	4
1.3	Vorberatung von Erlassen.....	5
1.4	Beratung von Straferlassgesuchen	5
1.5	Beratung und Behandlung von Petitionen und Eingaben	5
2.	Antrag der Justizkommission	6

ANHANG: 7

Personelle Zusammensetzung, Organisation und Beanspruchung der Justizkommission im Berichtsjahr	7
--	----------

Die Justizkommission (JuKo) orientiert mit vorliegendem Bericht gemäss Artikel 50 Absatz 4 der Geschäftsordnung¹ über ihre Tätigkeit nach Artikel 38 GO.

1. Tätigkeit der Justizkommission

1.1 Oberaufsicht über das Obergericht, das Verwaltungsgericht und die Generalstaatsanwaltschaft

Die JuKo nahm im Jahr 2020 im Auftrag des Grossen Rates die Aufsicht über die Geschäftsführung der obersten kantonalen Gerichte (Obergericht, Verwaltungsgericht) sowie der Generalstaatsanwaltschaft wahr. Nicht Bestandteil der Aufsicht ist die Würdigung der Rechtsprechung der Gerichte. Vielmehr gilt die Aufsicht der Kontrolle, ob die Geschäftsführung der genannten Justizbehörden gesetzeskonform erfolgt. Gleichzeitig muss im Rahmen der Aufsicht sichergestellt werden, dass die Behörden über die notwendigen Ressourcen und adäquaten Arbeitsbedingungen verfügen, um den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Rechtsprechung innert den gesetzlichen Fristen erfüllen zu können.

Die beaufsichtigten Gerichtsbehörden wurden von den zuständigen Kommissionsausschüssen im Berichtsjahr einmal besucht. Aufgrund der Covid-19-Pandemie fanden die Besuche im Berichtsjahr auf schriftlichem Weg und nicht physisch vor Ort statt. Die Berichterstattung über die Besuche floss in die Berichte der JuKo über den Geschäfts- und den Tätigkeitsbericht 2019 der Justiz ein; die Berichte wurden in der Sommersession 2020 im Grossen Rat behandelt.

Die Vorberatung des Geschäftsberichts inklusive Tätigkeitsbericht der Justiz einerseits, sowie des Voranschlags mit Aufgaben- und Finanzplan der Justiz andererseits, bildeten im Frühjahr und im Herbst die Schwergewichte der Kommissionstätigkeit.

Die JuKo hat sich im Berichtsjahr mit den folgenden Themen befasst:

1.1.1 Voranschlag 2021 / Aufgaben- und Finanzplan 2022-2024 der Justiz (VA 2021 / AFP 2022-2024)

Wie schon in den Vorjahren führten die Geschäftsleitung der JuKo und die Justizleitung während des sogenannten Budgetprozesses einen intensiven Dialog.

In ihrem Bericht zum VA 2021 / AFP 2022-2024 legte die JuKo insbesondere Schwerpunkte auf die Auswirkungen von Neuerungen und Änderungen der Bundesgesetzgebungen und auf die Sach- und Personalaufwendungen. Anlässlich der Vorberatung des VA 2021 / AFP 2022-2024 fand im Oktober 2020 das trilaterale Treffen zwischen der JuKo, der Justizdelegation des Regierungsrates und der Justizleitung statt. An diesem Treffen informierte die Justizleitung die Anwesenden ausserdem über Themenbereiche, die die Justiz aktuell beschäftigten; insbesondere über den Umgang mit der Covid-19-Pandemie innerhalb der Justiz.

Der VA 2021 / AFP 2022-2024 der Justiz wurde vom Grossen Rat in der Wintersession 2020 genehmigt.

¹ Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 4. Juni 2013 (GO; BSG 151.211).

1.1.2 Geschäftsbericht sowie Tätigkeitsbericht 2019 der Justiz

Im Frühjahr 2020 nahm die JuKo den Rechnungsabschluss 2019 der Justiz entgegen. Der Saldo der Rechnung lag CHF 12,7 Millionen unter dem budgetierten Saldo des Voranschlags 2019. Die Justizkommission hatte keine besonderen Bemerkungen zum Geschäftsbericht 2019. Sie nahm erfreut zur Kenntnis, dass es das erste Mal seit der Justizreform keine Bemerkungen seitens Finanzkontrolle gab; dies durfte als Anerkennung für die Arbeit der Gerichtsbehörden, der Staatsanwaltschaft und der Stabsstelle für Ressourcen der Justizleitung gewertet werden.

Anlässlich der Aufsichtsbesuche 2020 liess sich die JuKo von der Justiz über verschiedene Themenbereiche im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht und Tätigkeitsbericht 2019 näher informieren. Die Berichterstattung dazu findet sich in den beiden zugehörigen Berichten der Kommission, die in der Sommersession 2020 vom Grossen Rat behandelt wurden.

1.1.3 Bewilligung von Nebenbeschäftigungen

Die hauptamtlichen Mitglieder von Obergericht, Verwaltungsgericht und Generalstaatsanwaltschaft sollen ihr Amt unabhängig ausüben und ihre Arbeitskraft möglichst uneingeschränkt in den Dienst der bernischen Justiz stellen. Die Ausübung aller Nebenbeschäftigungen und öffentlichen Ämter (während und ausserhalb der Arbeitszeit) ist für die voll- und teilzeitlich tätigen Richterinnen und Richter des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts sowie für die hauptamtlichen Mitglieder der Generalstaatsanwaltschaft bewilligungspflichtig.

Im Berichtsjahr hat die JuKo in Anwendung ihrer Grundsätze zehn Gesuche um Bewilligung einer Nebenbeschäftigung oder eines öffentlichen Amtes behandelt. Sämtliche Gesuche wurden bewilligt.

1.2 Vorbereitung der Richterwahlen

Für die Vorbereitung der Richterwahlen hat die JuKo einen ständigen Ausschuss, den Ausschuss IV, eingesetzt. Im Ausschuss IV ist jede grossrätliche Fraktion mit je einem Mitglied vertreten. Hauptaufgabe des Ausschusses IV ist die Abgabe der Wahlempfehlung. So beurteilt er sämtliche Bewerberinnen und Bewerber gestützt auf die Bewerbungsdossiers, die eingeholten Stellungnahmen², die Vorselektion und die Bewerbungsgespräche. In diesem Zusammenhang ist gerade das Einholen von Stellungnahmen bei den entsprechenden Gerichtsbehörden sowie weiteren Instanzen ein wesentliches Kriterium im ganzen Wahlvorbereitungsverfahren. Dabei ist der Ausschuss IV darauf angewiesen, dass die Instanzen ihre Stellungnahmen klar und begründet abfassen. Im Laufe des Berichtsjahrs fanden diverse Ersatzwahlen statt. Folgende Wahlen waren für die Amtsdauer bis 31.12.2022 vorzubereiten:

- Wahl eines Mitglieds deutscher Muttersprache für das Obergericht;
- Wahl dreier Ersatzmitglieder deutscher Muttersprache für das Obergericht;
- Wahl eines Mitglieds für das Verwaltungsgericht, verwaltungsrechtliche Abteilung
- Wahl eines Mitglieds für das Verwaltungsgericht, sozialversicherungsrechtliche Abteilung;
- Wahl eines Fachrichters für das Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten;
- Wahl von zwei Fachrichterinnen oder Fachrichtern für die Steuerrekurskommission;
- Wahl von vier Richterinnen deutscher Muttersprache für die Regionalgerichte;
- Wahl von zwei Richterinnen französischer Muttersprache für die Regionalgerichte;
- Wahl von zwei Vorsitzenden deutscher Muttersprache für die regionalen Schlichtungsbehörden;

² Die Stellungnahmen werden insbesondere beim Obergericht, Verwaltungsgericht, bei der Generalstaatsanwaltschaft, dem bernischen Anwaltsverband und dem Verein bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte eingeholt (Art. 21a des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft [GSOG; BSG 161.1]).

- Wahl von fünf arbeitsrechtlichen Fachrichterinnen oder Fachrichtern deutscher Muttersprache für die regionalen Schlichtungsbehörden;
- Wahl einer Fachrichterin in Streitigkeiten nach dem Gleichstellungsgesetz deutscher Muttersprache für die regionalen Schlichtungsbehörden.

Aufgrund der Covid-19-Pandemie und der damit verbundenen Unsicherheiten wurden in der Sommersession 2020 keine Richterwahlen durchgeführt. Die entsprechend verschobenen Wahlen konnten in der darauffolgenden Herbstsession 2020 nachgeholt werden. Für die Wahlen im Berichtsjahr wurden insgesamt 48 Bewerbungsgespräche durchgeführt.

1.3 Vorberatung von Erlassen

Im Berichtsjahr hatte die JuKo zwei Erlasse zu behandeln. Dabei ging es um die Vorberatung der zweiten Lesung der Teilrevision des Notariatsgesetzes, welche in der in der Frühlingssession 2020 im Grossen Rat abgeschlossen wurde. Im Weiteren befasste sie sich mit einer Änderung des Dekrets über die Besetzung der Richter- und Staatsanwaltsstellen (BRSD). Die Änderung wurde in der Herbstsession 2020 vom Grossen Rat verabschiedet.

1.4 Beratung von Straferlassgesuchen³

Die JuKo hat die Aufgabe, eingehende Straferlassgesuche (auch Begnadigungsgesuche genannt) zu beraten und dem Grossen Rat Antrag zu stellen. Die Vorberatung innerhalb der Kommission obliegt dem Ausschuss I. Im Berichtsjahr hatte die Kommission zwei Straferlassgesuche vorzubereiten.

1.5 Beratung und Behandlung von Petitionen und Eingaben⁴

Die JuKo ist für die Behandlung von sämtlichen Petitionen und Eingaben an den Grossen Rat zuständig. Innerhalb der Kommission werden die Petitionen und Eingaben vom Ausschuss II vorberaten. Dabei gilt bezüglich der Behandlung von Petitionen und Eingaben folgende Praxis: Petitionen, welche sachlich klar einer anderen Kommission zuordenbar sind, werden jeweils der betreffenden Kommission zur abschliessenden Behandlung weitergeleitet. Die Berichterstattung an den Grossen Rat erfolgt im Rahmen des vorliegenden Berichts über die JuKo. Die Behandlung von Eingaben obliegt allein der JuKo. Bei der Prüfung von Eingaben werden bei Bedarf Stellungnahmen eingeholt, welche jeweils in die Beantwortung der Eingaben einfließen.

Im Berichtsjahr sind acht Petitionen eingegangen, von denen zwei direkt von der JuKo beantwortet und sechs an die jeweils sachlich zuständige Kommission zur direkten Beantwortung weitergeleitet wurden. Die sachlich zuständigen Kommissionen beantworteten von den sechs eingegangenen Petitionen deren drei, die Behandlung der übrigen drei Petitionen wird im Laufe dieses Jahres erwartet. Die zwei Petitionen, welche 2019 eingingen und damals noch nicht abschliessend behandelt werden konnten, wurden im Berichtsjahr von den sachlich zuständigen Kommissionen erwartungsgemäss erledigt. Die JuKo nahm im Berichtsjahr 22 Eingaben entgegen; davon konnte sie bis Ende 2020 15 abschliessen, weitere sechs wurden zuständigkeitshalber an andere Behörden weitergeleitet. Ebenfalls abgeschlossen wurden die drei Eingaben, die noch vom Vorjahr pendent waren.

³ Art. 38 Abs. 2 Bst. f GO.

⁴ Art. 87 Abs. 1 Gesetz über den Grossen Rat vom 4. Juni 2013 (Grossratsgesetz, GRG) i. V. m. Art. 38 Abs. 3 und Art. 111 GO.

2. Antrag der Justizkommission

Die JuKo beantragt dem Grossen Rat, den vorliegenden Tätigkeitsbericht 2020 zur Kenntnis zu nehmen.

Bern, 11. August 2021

Im Namen der Justizkommission:

Der Vizepräsident: P. Freudiger

Die Sekretärin: H. Kauz

**ANHANG: Personelle Zusammensetzung, Organisation und Beanspruchung der
Justizkommission im Berichtsjahr***Personelle Zusammensetzung*

Name	Partei	In der JuKo seit
Gygax-Böninger Monika (Präsidentin bis 31.05.2020)	BDP	Dez. 2010 bis Mai 2020
Gnägi Jan (Präsident ab 03.06.2020)	BDP	Juni 2020
Freudiger Patrick (Vizepräsident)	SVP	Juni 2014
Ammann Christa	AL	Juni 2018
Bauen Antonio	Grüne	Jan. 2016
Berger Stefan	SP	Juni 2018
Bösiger Beat	SVP	Juni 2018
Buri Urs	SVP	Juni 2018
Feuz Alexander	SVP	September 2020
Gerber Christine	SVP	Juni 2017
Graf Urs	SP	Nov. 2019
Hess Erich	SVP	Juni 2018 bis August 2020
Hess Sandra	FDP	Juni 2018
Junker Burkhard Margrit	SP	Nov. 2019
Kocher Hirt Manuela	SP	Juni 2018
Schnegg-Affolter Christine	EVP	Juni 2012 bis Dezember 2020
Schneider Sandra	SVP	Juni 2018
Stocker Julien	glp	Juni 2018 bis Mai 2020
Stucki Barbara	glp	Juni 2020
Zimmerli Christoph	FDP	Juni 2018

Organisation

Geschäftsleitung	gesamte Obergerichts- und Finanzaufsicht Gygax-Böninger Monika (<i>Präsidentin bis 31.05.2020</i>), Gnägi Jan (<i>Präsident ab 03.06.2020</i>), Freudiger Patrick (<i>Vizepräsident</i>), Bauen Antonio (<i>Ausschussleiter</i>), Gerber Christine (<i>Ausschussleiterin</i>), Junker Burkhard Margrit (<i>Ausschussleiterin</i>)
Ausschuss I	Aufsicht Obergericht, Vorberatung Straferlasse Junker Burkhard Margrit (Ausschussleiterin), Buri Urs, Ammann Christa
Ausschuss II	Aufsicht Verwaltungsgericht, Vorberatung Petitionen und Eingaben Gerber Christine (Ausschussleiterin), Graf Urs, Hess Sandra
Ausschuss III	Aufsicht Generalstaatsanwaltschaft Bauen Antonio (Ausschussleiter), Bösiger Beat, Berger Stefan
Ausschuss IV	Vorbereitung Richterwahlen Freudiger Patrick (Ausschussleiter), Kocher Hirt Manuela, Zimmerli Christoph, Bauen Antonio, Gnägi Jan (bis 31.08.2020), Kohli Philip (ab 01.09.2020, nicht Mitglied der JuKo), Mühlheim Barbara (nicht Mitglied der JuKo), Schnegg-Affolter Christine, Schwarz Jakob (nicht Mitglied der JuKo)

Beanspruchung der Justizkommission 2020

Die JuKo traf sich im Jahr 2020 zu sechs Plenumssitzungen. Die ständigen Ausschüsse traten zu 20 Sitzungen und die Geschäftsleitung zu 11 Sitzungen zusammen.
